

UNO-Behindertenrechts- konvention

Tarek Naguib, Kurt Pärli, Hardy Landolt, Eylem Demir, Martina Filippo (Hrsg.)

Eylem Demir • Nina Eckstein • Martina Filippo • Nula Frei • Michael Ganner •
Hardy Landolt • Pia Meier • Seline Meier • Stephanie Motz • Tarek Naguib •
Karin Neuwirth • Kurt Pärli • Sefora Pileggi • Daniel Rosch • Barbara von Rütte •
Melanie Studer • Caroline Voithofer • Evin Yesilöz



Stämpfli Verlag

Das UNO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNO-BRK) gehört zu den Kernabkommen des internationalen Menschenrechtsschutzes.

Es stellt eine wichtige Ergänzung des innerstaatlichen Behindertengleichstellungsrechts dar und betrifft diverse Bereiche wie zum Beispiel Bildung, Erwerb, Gesundheit und soziale Sicherheit. Erstmals liegt zu diesem Übereinkommen ein systematischer Kommentar für die Rechtspraxis in der Schweiz vor. Er soll den Gerichten, der Verwaltung, der Anwaltschaft und den Rechtswissenschaften die Arbeit erleichtern. Ebenfalls von Bedeutung ist der Kommentar für Nichtregierungsorganisationen, die es sich zur Aufgabe gesetzt haben, die Gleichstellungs- und Selbstbestimmungsrechte von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz und in der internationalen Zusammenarbeit zu stärken.

Tarek Naguib
Kurt Pärli
Hardy Landolt
Eylem Demir
Martina Filippo
(Herausgebende)

UNO-Behindertenrechts- konvention (UNO-BRK)

Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über
die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Autor:innen:

Eylem Demir, Nina Eckstein, Martina Filippo, Nula Frei, Michael Ganner,
Hardy Landolt, Pia Meier, Seline Meier, Stephanie Motz, Tarek Naguib,
Karin Neuwirth, Kurt Pärli, Sefora Pileggi, Daniel Rosch, Barbara von Rütte,
Melanie Studer, Caroline Voithofer, Evin Yesilöz



Stämpfli Verlag

UNO-Behindertenrechtskonvention

Zitiervorschlag:

BEARBEITERIN, SHK-UNO-BRK, Art. x N y



Die Kommentierung ist von der ZHAW im Rahmen des Forschungsschwerpunktes «Gesellschaftliche Integration» mit einem grosszügigen Beitrag gefördert worden.

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2023
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-1956-6

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-4627-2



Vorwort

«Es entspricht einem zentralen Anliegen des Verfassungsgebers, Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte autonome Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen» – so hat das Bundesgericht Ende 2021 die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen auf den Punkt gebracht. Die UNO-Behindertenrechtskonvention ist ein entscheidendes Instrument, um dieses «zentrale Anliegen» auf internationaler wie nationaler Ebene zu verwirklichen. Dabei ist die Schweiz über alle Staatsebenen hinweg gefordert, wenn es gilt, den Worten Taten folgen zu lassen. Dies zeigen die «Abschliessenden Beobachtungen» zum Initialstaatenbericht der Schweiz eindrücklich auf, die der UNO-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Schweiz im Frühling 2022 eröffnete.

Umso wichtiger ist eine fachlich fundierte Erläuterung der Vorgaben der UNO-Behindertenrechtskonvention aus der Feder von führenden Expert:innen in diesem Bereich. Unter der Leitung von Tarek Naguib (ZHAW) hat sich das Herausgabeteam bestehend aus Prof. Kurt Pärli (Universität Basel), Prof. Hardy Landolt (Universität St. Gallen), Dr. Eylem Demir (ZHAW) und Dr. Martina Filippo (ZHAW) dieser wichtigen Arbeit angenommen. Zusammen mit den mitwirkenden Autor:innen und mit Unterstützung von Aurora Melo Moura und Nadine Bircher haben die Herausgeber:innen die erste umfassende juristische Kommentierung der UNO-Behindertenrechtskonvention für die Schweiz erstellt. Zudem möchten wir uns herzlichst beim Stämpfli Verlag und seinem Team für die sehr geschätzte Begleitung bedanken, insbesondere bei Azmina Khimji. Das Werk wird dazu beitragen, die Vorgaben der Konvention in die übrige Schweizer Rechtsordnung einzubetten – und leistet damit wichtige Pionierarbeit für die Rechtswissenschaft wie für die Rechtspraxis.

Die Kommentierung ist von der ZHAW im Rahmen des Forschungsschwerpunktes «Gesellschaftliche Integration» mit einem grosszügigen Beitrag gefördert worden. Dafür sind wir der ZHAW sehr dankbar. Denn ohne diese finanzielle Unterstützung hätte das vorliegende Werk nicht realisiert werden können. Hoffen wir, dass es einen Beitrag dazu leistet, die Ziele des Forschungsschwerpunktes zu erreichen: die gesellschaftliche Integration zu fördern und Exklusion zu verringern.

Prof. (FH) Dr. Philipp Egli,
Leiter Fachstelle für Sozialrecht an der ZHAW

Lesehinweis

Es ist kein Zufall, dass es über 10 Jahre (nach Inkrafttreten der BRK für die Schweiz) gedauert hat, bis der erste deutschsprachige Schweizer Kommentar zur UNO-Behindertenrechtskonvention erscheint. Es mussten eine Fülle an Themen auf der Schnittstelle von Behinderung und diversen Rechtsgebieten abgedeckt werden, wo es mit wenigen Ausnahmen noch relativ wenig Erfahrung gibt. Wir haben versucht, dies so gut als möglich zu leisten, im Bewusstsein, dass Rechtswissenschaft und -praxis erst am Anfang stehen und es noch viele Lücken zu bearbeiten gibt.

Am Kommentar haben 5 Herausgeber:innen und 18 Autor:innen mitgewirkt. Die Texte sind ähnlich aufgebaut, um es den Leser:innen zu erleichtern, sich zu Recht zu finden. Allerdings variieren sie in den Details der Gliederung, in den Schwerpunktsetzungen und in der Länge. Die Gründe liegen bei den Unterschieden in der Tragweite der einzelnen Artikel und in den Herangehensweisen der einzelnen Autor:innen. Ausserdem haben wir den Schwerpunkt auf die Grundsätze und einzelnen Menschenrechte gelegt (Art. 1–30) und die Kommentierungen zu den flankierenden Verpflichtungen und organisatorischen Regeln (Art. 31–50) kürzer gehalten.

Um eine möglichst umfassende Sichtweise auf die einzelnen Problemstellungen und Lösungsansätze zu erhalten, gibt es in jeder einzelnen Kommentierung Querverweise in Klammern. Verweise innerhalb einer Kommentierung werden ausschliesslich mit der Randnote angezeigt wie z.B. (N 33), Verweise auf andere Kommentierungen mit der Angabe des Artikels und der Randnote wie z.B. (Art. 3 N 33). Ausserdem finden Sie am Ende des Buches ein knapp gehaltenes Stichwortverzeichnis, das helfen soll, sich gezielt die zentralen Informationen zu den wichtigsten Begriffskonzepten zu beschaffen.

Wir wünschen Ihnen eine hilfreiche Lektüre!

Die Herausgeber:innen

Autor:innen-Verzeichnis

BARBARA VON RÜTTE ist Postdoc am Europainstitut der Universität Basel. Sie hat zum Thema der Anerkennung des Rechts auf Staatsangehörigkeit als Menschenrecht an der Universität Bern promoviert. Sie forscht und lehrt zum schweizerischen und internationalen Bürgerrecht, Staatenlosigkeit und Zugehörigkeit, zum schweizerischen und internationalen Migrationsrecht sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

CAROLINE VOITHOFER ist Assistenzprofessorin am Institut für Theorie und Zukunft des Rechts an der Universität Innsbruck und arbeitet dort an ihrer Habilitationsschrift zu dem Arbeitstitel «Zulässigkeitsgrenzen von Rechtsgeschäften bezogen auf den (eigenen) Körper». Sie ist dort unter anderem stellvertretende Leiterin des Doktoratskollegs Medizinrecht und Gesundheitswesen und Mitglied des Center Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck.

DANIEL ROSCH ist Professor für Sozialrecht mit Schwerpunkt Kindes- und Erwachsenenschutz an der Hochschule Luzern. Er ist promovierter Jurist, Sozialarbeiter FH, Nonprofit-Manager sowie systemischer Berater und Familientherapeut (DGSF) und systemischer Kinder- und Jugendlichentherapeut. Er forscht, schreibt, lehrt und bildet im Kindes- und Erwachsenenschutz weiter. Zudem ist er teilselbständiger Berater (www.danielrosch.ch).

EVIN YESİLÖZ ist als Anwältssubstitutin bei RISE Attorneys-at-Law in Zürich im Migrations- und Strafrecht sowie in internationalen Menschenrechtsverfahren tätig. Zusätzlich zu ihrem Rechtsstudium hat sie an der Geneva Academy of International Humanitarian Law and Human Rights einen MAS mit Spezialisierung in Humanitärem Völkerrecht, Völkerstrafrecht und Menschenrechten in Post-Konflikt Situationen abgeschlossen.

EYLEM DEMIR ist Dozentin der Fachstelle für Sozialrecht der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Sie unterrichtet und forscht in Bereichen des Vertragsrechts und Arbeits- und Sozialversicherungsrechts. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im internationalen Arbeitsrecht und in digitalen Beschäftigungsverhältnissen.

HARDY LANDOLT ist als Rechtsanwalt und Notar tätig. Er lehrt und forscht als Titularprofessor und Lehrbeauftragter für Haftungs-, Privat- und Sozialversicherungsrecht an der Universität St. Gallen. Zudem ist er Verfasser verschiedener Publikationen und Gutachten sowie Schriftleiter der Zeitschrift «Pflegerrecht und Pflegewissenschaft».

KARIN NEUWIRTH ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende Institutsvorständin am Institut für Legal Gender Studies der Johannes Kepler Universität Linz. Sie forscht und lehrt zu Themen der Geschlechtergeschichte, des (historischen) Familienrechts, des Gewaltschutzes sowie des Gleichbehandlungs- und Anti-

diskriminierungsrechts. Zudem ist sie Vorsitzende der Schiedskommission ihrer Universität und beschäftigt sich mit hochschulpolitischen Gleichstellungsfragen.

KURT PÄRLI ist seit 2016 Professor für Soziales Privatrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Basel und war zudem von 2018 bis 2022 Forschungsdekan. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Diskriminierungsschutzrecht, Arbeits- und Arbeitsvölkerrecht, Sozialversicherungsrecht und Datenschutzrecht. Kurt Pärli ist Präsident der im 2017 gegründeten Schweizer Sektion der ISLSSL (International Society for Labour Law and Social Security Law).

MARTINA FILIPPO ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fachstelle für Sozialrecht der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Sie forscht und lehrt im Bereich der Sozialversicherungen. Sie arbeitet u.a. an interdisziplinären Studien mit Schwerpunkt auf Rechten von informell pflegenden Personen, Rechten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderungen und der Pflege, Betreuung und Versorgung von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen.

MELANIE STUDER Rechtsanwältin, ist Dozentin und Projektleiterin an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Institut für Sozialarbeit und Recht. Ihr Schwerpunkt in der Forschung, Lehre und Weiterbildung bildet das Recht der Sozialen Sicherheit, insbesondere das Sozialhilferecht. Besonders im Forderung stehen Fragen nach dem Einfluss des übergeordneten Rechts, vor allem von Grund- und Menschenrechten, und nach dem Zugang zum Recht in der Sozialhilfe.

MICHAEL GANNER ist Universitätsprofessor für Bürgerliches Recht und Grundlagen der Rechtswissenschaften am Institut für Zivilrecht der Universität Innsbruck. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Zivilrecht, Erwachsenenschutzrecht, Alten- und Behindertenrecht, Medizinrecht, Rechtstheorie sowie Rechtsphilosophie und Rechtsethik. Er ist Autor zahlreicher Publikationen und Redakteur mehrerer Fachzeitschriften; s. <https://www.uibk.ac.at/zivilrecht/team/ganner/>.

NINA ECKSTEIN war langjährig als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Legal Gender Studies der Johannes Kepler Universität Linz tätig. Sie forscht und lehrt u.a. zu Themen des Gleichbehandlungs- und Antidiskriminierungsrechts. Derzeit arbeitet sie als juristische Mitarbeiterin im Büro zur Unterstützung des Unabhängigen Monitoringausschusses zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich.

NULA FREI ist Lehr- und Forschungsrätin am Institut für Europarecht der Universität Freiburg i.Ue. und Lehrbeauftragte an der Universität Genf. Sie lehrt und forscht im Schweizerischen und Europäischen Verfassungsrecht, mit einem Fokus auf den Grund- und Menschenrechten vulnerabler Personen sowie Gleichheits- und Antidiskriminierungsfragen.

PIA MEIER arbeitet als Studierende in Assistenzfunktion bei Prof. Dr. Pärli, Lehrstuhl für soziales Privatrecht, an der Juristischen Fakultät der Universität Basel.

SELINE MEIER studierte an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) und an der Universität Luzern. Ihr Studium schloss sie mit dem Master of Law ab. Zurzeit ist sie juristische Mitarbeiterin in einer St.Galler Anwaltskanzlei und bereitet sich auf die Anwaltsprüfung vor.

STEPHANIE MOTZ ist Rechtsanwältin bei RISE Attorneys-at-Law mit Spezialisierung im Migrations- und Strafrecht sowie internationalen Menschenrechten. Sie ist Lehrbeauftragte im Internationalen Migrationsrecht an der Universität Luzern und hat zum Flüchtlingsstatus von Personen mit Behinderung promoviert. Daneben verfasst sie Gutachten für Kantone, Bund und UN-Organisationen und lehrt und publiziert zu Menschenrechtsfragen, mit besonderem Augenmerk auf Personen mit Behinderung in Konflikt- und Fluchtsituationen.

SEFORA PILEGGI arbeitet als Studierende in Assistenzfunktion bei Prof. Dr. Pärli, Lehrstuhl für soziales Privatrecht, an der Juristischen Fakultät der Universität Basel.

TAREK NAGUIB ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachstelle für Sozialrecht der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Er forscht, lehrt und begleitet strategische Rechtsverfahren im Schwerpunkt Antidiskriminierungsrecht. Zudem verfasst er Studien im Bereich der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Lesehinweis	VII
Autor:innen-Verzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI

Übereinkommen

über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Präambel	1
Art. 1 Zweck	5
I. Hintergrund.....	9
II. Geltungsbereich.....	15
III. Umsetzung in der Schweiz	22
Art. 2 Begriffsbestimmungen	25
I. Hintergrund.....	29
II. Geltungsbereich.....	32
III. Umsetzung in der Schweiz	38
Art. 3 Allgemeine Grundsätze	39
I. Hintergrund.....	42
II. Geltungsbereich.....	45
III. Umsetzung in der Schweiz	52
Art. 4 Allgemeine Verpflichtungen	54
I. Hintergrund.....	62
II. Verpflichtungen.....	67
III. Geltungsbereich.....	70
IV. Umsetzung in der Schweiz	92
Art. 5 Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung	97
I. Hintergrund.....	100
II. Geltungsbereich.....	106
III. Verpflichtungen.....	117
IV. Umsetzung in der Schweiz	120

Art. 6	Frauen mit Behinderungen	125
I.	Hintergrund.....	130
II.	Geltungsbereich.....	153
III.	Verpflichtungen.....	165
IV.	Umsetzung in der Schweiz	166
Art. 7	Kinder mit Behinderungen	173
I.	Hintergrund.....	176
II.	Geltungsbereich.....	188
Art. 8	Bewusstseinsbildung	211
I.	Hintergrund.....	215
II.	Geltungsbereich.....	218
III.	Umsetzung in der Schweiz	225
Art. 9	Zugänglichkeit	227
I.	Hintergrund.....	233
II.	Geltungsbereich.....	235
III.	Umsetzung in der Schweiz	245
Art. 10	Recht auf Leben	247
I.	Hintergrund.....	249
II.	Geltungsbereich.....	252
III.	Umsetzung in der Schweiz	258
Art. 11	Gefahrensituationen und humanitäre Notlagen	260
I.	Hintergrund.....	264
II.	Verpflichtungen.....	270
III.	Geltungsbereich.....	275
IV.	Umsetzung in der Schweiz	290
Art. 12	Gleiche Anerkennung vor dem Recht	298
I.	Hintergrund.....	307
II.	Geltungsbereich.....	313
III.	Verpflichtungen.....	355

Art. 13 Zugang zur Justiz	357
I. Hintergrund.....	360
II. Geltungsbereich.....	366
III. Verpflichtungen.....	375
IV. Umsetzung in der Schweiz	377
 Art. 14 Freiheit und Sicherheit der Person	 386
I. Hintergrund.....	390
II. Geltungsbereich.....	393
III. Achtungs-, Schutz- und Gewährleistungspflichten.....	409
IV. Umsetzung in der Schweiz	409
 Art. 15 Freiheit von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe	 413
I. Hintergrund.....	417
II. Geltungsbereich.....	420
III. Umsetzung in der Schweiz	432
 Art. 16 Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch	 434
I. Hintergrund.....	438
II. Geltungsbereich.....	447
III. Verpflichtungen.....	468
IV. Umsetzung in der Schweiz	474
 Art. 17 Schutz der Unversehrtheit der Person	 480
I. Hintergrund.....	482
II. Geltungsbereich.....	485
III. Verpflichtungen.....	497
IV. Umsetzung in der Schweiz	497
 Art. 18 Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit	 500
I. Hintergrund.....	504
II. Geltungsbereich.....	512
III. Verpflichtungen.....	526
IV. Umsetzung in der Schweiz	530

Art. 19 Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft	537
I. Hintergrund.....	541
II. Geltungsbereich.....	547
III. Verpflichtungen.....	560
IV. Umsetzung in der Schweiz	562
Art. 20 Persönliche Mobilität	570
I. Hintergrund.....	572
II. Geltungsbereich.....	577
III. Verpflichtungen.....	582
IV. Umsetzung in der Schweiz	584
Art. 21 Recht der freien Meinungsäusserung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen.....	594
I. Hintergrund.....	598
II. Geltungsbereich.....	606
III. Verpflichtungen.....	621
IV. Umsetzung in der Schweiz	622
Art. 22 Achtung der Privatsphäre.....	627
I. Hintergrund.....	630
II. Geltungsbereich.....	633
III. Umsetzung in der Schweiz	644
Art. 23 Achtung der Wohnung und der Familie	645
I. Hintergrund.....	651
II. Geltungsbereich.....	654
III. Umsetzung in der Schweiz	663
Art. 24 Bildung	664
I. Hintergrund.....	671
II. Geltungsbereich.....	677
III. Verpflichtungen.....	698
IV. Umsetzung in der Schweiz	702

Art. 25 Gesundheit	712
I. Hintergrund.....	720
II. Geltungsbereich.....	726
III. Verpflichtungen.....	729
IV. Umsetzung in der Schweiz	736
Art. 26 Habilitation und Rehabilitation	758
I. Hintergrund.....	765
II. Geltungsbereich.....	770
III. Verpflichtungen.....	774
IV. Umsetzung in der Schweiz	776
Art. 27 Arbeit und Beschäftigung	791
I. Hintergrund.....	799
II. Geltungsbereich.....	806
III. Umsetzung in der Schweiz	831
Art. 28 Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz	844
I. Hintergrund.....	848
II. Geltungsbereich.....	853
III. Verpflichtungen.....	863
IV. Konkretisierung im Zusammenhang mit anderen Rechten.....	866
V. Umsetzung in der Schweiz	867
Art. 29 Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben	875
I. Hintergrund.....	880
II. Verpflichtungen.....	887
III. Geltungsbereich.....	888
IV. Umsetzung in der Schweiz	902
Art. 30 Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport	907
I. Hintergrund.....	914
II. Geltungsbereich.....	916
III. Umsetzung in der Schweiz	938

Art. 31 Statistik und Datensammlung.....	940
I. Hintergrund.....	943
II. Geltungsbereich.....	948
III. Umsetzung in der Schweiz	958
Art. 32 Internationale Zusammenarbeit.....	963
I. Hintergrund.....	966
II. Geltungsbereich.....	970
III. Umsetzung in der Schweiz	975
Art. 33 Innerstaatliche Durchführung und Überwachung	976
I. Hintergrund.....	981
II. Geltungsbereich.....	988
III. Umsetzung in der Schweiz	1007
Art. 34 Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.....	1011
I. Hintergrund.....	1015
II. Geltungsbereich.....	1018
III. Aufgaben des Ausschusses	1022
Art. 35 Berichte der Vertragsstaaten	1025
I. Hintergrund.....	1028
II. Geltungsbereich.....	1033
Art. 36 Prüfung der Berichte.....	1045
I. Hintergrund.....	1049
II. Geltungsbereich.....	1053
Art. 37 Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten und dem Ausschuss.....	1072
I. Hintergrund.....	1073
II. Geltungsbereich.....	1075
III. Umsetzung in der Schweiz	1083

Art. 38 Beziehungen des Ausschusses zu anderen Organen	1084
I. Hintergrund.....	1086
II. Geltungsbereich.....	1087
III. Umsetzung in der Schweiz	1092
Art. 39 Bericht des Ausschusses	1093
I. Hintergrund.....	1095
II. Geltungsbereich.....	1096
Art. 40 Konferenz der Vertragsstaaten	1101
I. Hintergrund.....	1102
II. Geltungsbereich.....	1103
Art. 41 Verwahrer	1107
I. Hintergrund.....	1108
II. Geltungsbereich.....	1108
Art. 42 Unterzeichnung.....	1110
I. Hintergrund.....	1111
II. Geltungsbereich.....	1111
Art. 43 Zustimmung, gebunden zu sein	1114
I. Hintergrund.....	1115
II. Geltungsbereich.....	1116
Art. 44 Organisationen der regionalen Integration	1118
I. Hintergrund.....	1120
II. Geltungsbereich.....	1121
Art. 45 Inkrafttreten	1123
I. Hintergrund.....	1124
II. Geltungsbereich.....	1124

Art. 46 Vorbehalte	1126
I. Hintergrund.....	1127
II. Geltungsbereich.....	1128
 Art. 47 Änderungen	 1132
I. Hintergrund.....	1135
II. Geltungsbereich.....	1136
 Art. 48 Kündigung	 1139
I. Hintergrund.....	1140
II. Geltungsbereich.....	1141
 Art. 49 Zugängliches Format	 1142
I. Hintergrund.....	1142
II. Geltungsbereich.....	1143
 Art. 50 Verbindliche Wortlaute	 1144
I. Hintergrund.....	1145
II. Geltungsbereich.....	1145
 Stichwortverzeichnis.....	 1147

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch vom 1. Juni 1811 (LGBI-Nr. 1003.001)
Abs.	Absatz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dezember 1946 (SR 831.10)
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome/erworbenes Immunschwächesyndrom
AIG	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16. Dezember 2005 (SR 142.20)
a.M.	anderer Meinung
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention von 1969
Anm.	Anmerkung(en)
ArG	Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel vom 13. März 1964 (SR 822.11)
ArGV3	Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz (Gesundheitsschutz) vom 18. August 1993 (SR 822.113)
Art.	Artikel
AsylG	Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (SR 142.31)
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (SR 830.1)
Aufl.	Auflage
AVO	Verordnung über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen vom 9. November 2005 (SR 961.011)
BABS	Bundesamts für Bevölkerungsschutz
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BASS	Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien
BBG	Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 13. Dezember 2002 (SR 412.10)
BBl	Bundesblatt

Bd.	Band
BehiG	Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2002 (SR 151.3)
BehiV	Verordnung über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen vom 19. November 2003 (SR 151.31)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896
BGE	Bundesgerichtsentscheid
BGer	Bundesgericht der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (SR 173.110)
BFS	Bundesamt für Statistik
BPG	Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000 (SR 172.220.1)
BPR	Bundesgesetz über die politischen Rechte vom 17. Dezember 1976 (SR 161.1)
BRK	Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006 (SR 0.109)
Bst.	Buchstabe(n)
BüG	Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht vom 20. Juni 2014 (SR 141.0)
BüV	Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht vom 17. Juni 2016 (SR 141.01)
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland
BZG	Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz vom 20. Dezember 2019 (SR 520.1)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CEDAW/FDK	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 (SR 0.108)
CERD/RDK	Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965 (SR 0.104)

CESCR	Committee on Economic, Social and Cultural Rights/UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
CHF	Schweizer Franken
CMW	Committee on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families
COSP	Conference of the States Parties to the United Nations/Konferenz der Vertragsstaaten der Vereinten Nationen
CRC/KRK	Committee on the Rights of the Child/UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes <i>oder</i> Convention on the Rights of the Child/Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 (SR 0.107)
CRPD	Committee on the Rights of Persons with Disabilities/Convention on the Rights of Persons with Disabilities vom 13. Dezember 2006 (SR 0.109)
CSW	UN Commission of the Status of Women
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
dt.	deutsch
DSG	Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 (SR 235.1)
E.	Erwägung
EBGB	Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen
ECHR	European Court of Human Rights (EGMR)
EDF	European Disability Forum
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EKT	Elektrokonvulsionstherapie
ELG	Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 6. Oktober 2006 (SR 831.30)
ELV	Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 15. Januar 1971 (SR 831.301)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (SR 0.101)
EO	Erwerbsersatzordnung

et al.	et alii/und andere
EU	Europäische Union
EU-Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGH	Europäische Gerichtshof
f.	folgende
FDK	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979 (SR 0.108)
ff.	fortfolgende
Fn	Fussnote
FOK	Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984 (SR 0.105)
GA	General Assembly/Generalversammlung
GANHRI	Global Alliance of National Human Rights Institutions
GesBG	Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe vom 30. September 2016 (SR 811.21)
GCI	Geneva Convention I/Genferkonvention I
GCII	Geneva Convention II/Genferkonvention II
GE	Kanton Genf
gl.M.	gleicher Meinung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
GUMG	Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen vom 8. Oktober 2004 (SR 810.12)
HFG	Bundesgesetz über die Forschung am Menschen vom 30. September 2011 (SR 810.30)
HIV	Human Immunodeficiency Virus/Humanes Immundefizienz-Virus
HMG	Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte vom 15. Dezember 2000 (SR 812.21)
Hrsg.	Herausgeber
HVA	Verordnung über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Altersversicherung vom 28. August 1978 (SR 831.135.1)
HVI	Verordnung des EDI über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Invalidenversicherung vom 29. November 1976 (SR 831.232.51)
IAGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
ICC	International Criminal Court/Internationaler Strafgerichtshof

ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights/Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UNO-Pakt II)
ICESCR	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights/Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UNO-Pakt I)
ICRC/IKRK	International Committee of the Red Cross/Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ICD	Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme
ICF	International Classification of Functioning, Disability and Health
ICIDH	International Classification of Impairments, Disabilities and Handicaps
IDAG	Interdepartementale Arbeitsgruppe
IDC	International Disability Caucus/Internationaler Behindertenausschuss
IFEG	Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen vom 6. Oktober 2006 (SR 831.26)
IGH	Internationaler Gerichtshof der Vereinten Nationen
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ILO	International Labour Organization/Internationale Arbeitsorganisation
insb.	insbesondere
IPC	Internationales Paralympisches Komitee
ISCED	International Standard Classification of Education der UNESCO
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
i.S.v.	im Sinne von
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959 (SR 831.20)
IVV	Verordnung über die Invalidenversicherung vom 17. Januar 1961 (SR 831.201)
i.V.m.	in Verbindung mit
IVSE	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen
IVV	Verordnung über die Invalidenversicherung vom 17. Januar 1961 (SR 831.201)
Kap.	Kapitel
KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

KKJPD	Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
KLV	Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vom 29. September 1995 (SR 832.112.31)
KRK	Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 (SR 0.107)
KSMM	Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel
KVAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung vom 26. September 2014 (SR 832.12)
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (SR 832.10)
KVV	Verordnung über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995 (SR 832.102)
lit.	litera(e)
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
MedBG	Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe vom 23. Juni 2006 (SR 811.11)
Mio.	Million
MiGeL	Mittel- und Gegenständeliste, Anhang 2 der KLV
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
N	(Rand)Note
NE	Kanton Neuenburg
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs/Nationaler Finanzausgleich
NGO	Non-governmental organization/Nichtregierungsorganisation
NHRI	National Human Rights Institution
NKVF	Nationale Kommission zur Verhütung von Folter
NMRI	Nationale Menschenrechtsinstitution
no.	number/Nummer
Nr.	Nummer(n)
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights/ Hochkommissariat für Menschenrechte
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007 (SR 312.5)
OKP	Obligatorische Krankenpflegeversicherung

OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220)
OSAGI	Office of the Special Adviser on Gender Issues and Advancement of Women
PBG	Bundesgesetz über die Personenbeförderung vom 20. März 2009 (SR 745.1)
PsyG	Bundesgesetz über die Psychologieberufe vom 18. März 2011 (SR 835.81)
PWDA	People with Disability Australia Incorporated
RDK	Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965 (SR 0.104)
Res	Resolution
resp.	respektive
RL	Richtlinie (der europäischen Union)
RTVG	Bundesgesetz über Radio und Fernsehen vom 24. März 2006 (SR 784.40)
RTVV	Radio- und Fernsehverordnung vom 9. März 2007 (SR 784.401)
Rz	Randziffer(n)
S.	Seite(n)
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SCI	Save the Children International
SDG	Sustainable Development Goals/Ziele für nachhaltige Entwicklung
SEM	Staatssekretariats für Migration
SIA	Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein
SKMR	Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte
SKOS	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
SODK	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
SRF	Schweizerisches Radio und Fernsehen
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
u.a.	unter anderem
UDHR	Universal Declaration of Human Rights/Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)
UK	United Kingdom

UN/UNO	United Nations/Vereinte Nationen
UNCESCR	UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNGA	General Assembly of the United Nations/ Generalversammlung der Vereinten Nationen
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees/ Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund/Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNO-Pakt I	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966 (SR 0.103.1)
UNO-Pakt II	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 (SR 0.103.2)
USA	United States of America/Vereinigte Staaten von Amerika
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (SR 832.20)
UVV	Verordnung über die Unfallversicherung vom 20. Dezember 1982 (SR 832.202)
v.a.	vor allem
VBS	Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VBVV	Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Bei- standschaft oder Vormundschaft vom 4. Juli 2012 (SR 211.223.11)
VD	Kanton Waadt
vgl.	vergleiche
VPR	Verordnung über die politischen Rechte vom 24. Mai 1978 (SR 161.11)
vs.	Versus/gegen
VVG	Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 (SR 221.229.1)
VwVG	Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 (SR 172.021)
WAK	Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen
WBU	World Blind Union
WFD	World Federation of the Deaf

WFDB	World Federation of the Deafblind
WHO	World Health Organization/Weltgesundheitsorganisation
WTO	Weltorganisation für Tourismus/Welthandelsorganisation
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969
z.B.	zum Beispiel
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
ZH	Kanton Zürich
Ziff.	Ziffer(n)
zit.	zitiert
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (SR 272)
z.T.	zum Teil

